



WAHL-TAGEBUCH
von
Friederike Heitz

Was für Idealisten

Politik ist ein schmutziges Geschäft. Das weiß jeder. Und das nicht erst seit House of Cards.

Das Ansehen von Berufspolitikern rangiert in Deutschland deshalb auch irgendwo zwischen mies und erbärmlich. Jahr für Jahr erstellen Meinungsforscher des Forsa-Instituts eine Image-Rangliste der Berufe. Jahr für Jahr landen Politiker auf einem der hinteren Plätze, bei den Versicherungsvertretern und den Werbefuzzis.

Machen wir uns also nichts vor: Menschen mögen keine Politiker. Sie könnten einem fast leid tun. Für sie gibt es weder Ruhm noch Ehre zu gewinnen. Und abgesehen von den Pensionsansprüchen eigentlich auch sonst nicht viel.

Die Arbeitszeiten sind eine Zumutung, die Wähler launisch und die Kollegen – wenn man den Leuten glauben darf – eine Truppe rückgratloser Wendehälse, deren Lebenslauf noch nie mit echter Arbeit belastet wurde. Obendrauf gibt es noch die Journalisten, die einen in schöner Regelmäßigkeit öffentlich an den Pranger stellen.

Zusammenfassend scheint der Job also in etwa denselben Spaßfaktor zu haben wie eine Darmspiegelung. Mir würden natürlich ein paar Menschen für diese Arbeit einfallen. Zum Beispiel der Typ, der sich in der achten Klasse über meine Haare lustig gemacht hat. Leider steht der am 28. Oktober nicht zur Wahl.

SPD beschließt Programm

Hanau. Rund einen Monat vor der Landtagswahl am 28. Oktober hat die Hessen-SPD ein Sofortprogramm für den Fall der Regierungsübernahme verabschiedet. „Im Zentrum steht für uns der Anspruch, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen zu bieten. Denn Teilhabe darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort“, heißt es etwa in dem 100-Tage-Papier, das SPD-Landeschef und Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel am Samstag in Hanau vorstellte. An der Sitzung des Landespartei-rats nahmen etwa 190 Delegierte teil.

In dem Programm „Für die ersten 100 Tage Regierungszeit“ verspricht die SPD „ohne Wenn und Aber“ unter anderem kostenfreie Krippen, Kindertagesstätten und Tagespflege. Zudem wollen die Sozialdemokraten ein Sofortprogramm gegen Lehrermangel auflegen. Insgesamt umfasst das Programm elf Punkte. So werden auch die Themen bezahlbarer Wohnraum und moderne Infrastruktur sowie Sicherheit angerissen. Laut der jüngsten Umfrage aus dem ZDF-Politbarometer käme die SPD auf 25 Prozent der Stimmen, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde. (dpa)



Neuer Anlauf einer Überzeugungstätlerin

Direktkandidaten für den Wahlkreis 12 (3): Sandra Laaz, Die Grünen · Schwerpunkt liegt auf Verkehrsfragen

Zwischen Kinderliebe und Kommunalpolitik: Sandra Laaz ist nicht nur eines der bekanntesten Polit-Gesichter, sondern auch eine der begehrtesten Tagemütter im Landkreis.

von Björn Wisler

Marburg. Es gibt eine Szene, die Sandra Laaz in vielfacher Hinsicht gut beschreibt. Sie spielte sich vor nicht allzu langer Zeit in der Marburger Nordstadt ab und stellt sich so dar: Ein Autofahrer parkt sein Fahrzeug mitten auf dem Gehweg vor dem Finanzamt. Die 48-jährige Tagesmutter zieht gerade die fünf Kinder, die sie beruflich betreut, während eines Ausflugs in einem Wagen hinter sich her und stoppt vor dem ihren Weg blockierenden Auto. „Entschuldigen Sie, könnten Sie bitte vom Gehweg fahren? Ich will mit den Kindern nicht auf die Straße zu den Autos und um Sie herumlaufen“, sagt sie. Der Autofahrer, so erinnert sich Laaz, reagiert empört und greift sie verbal an: „Fünf Kinder? Eine Assoziale also. Sie wählen bestimmt auch noch Grün!“ Laaz kontert: „Ich bin die Fraktionsvorsitzende der Grünen.“

Es ist eine Situation, in der viel von dem zum Vorschein kommt, was Laaz ausmacht und was Weggefährten und Konkurrenten über sie erzählen: Sie ist Tagesmutter und Politikerin, humorvoll, schlagfertig und geht auch Streit nicht aus dem Weg. Zudem ist sie die grüne Dauer-Direktkandidatin im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Das Jahr 2018 ist nicht ihr erster Wahl-

ZUR PERSON

Name: Sandra Laaz
Alter: 48
Wohnort: Marburg
Mitglied der Grünen seit: 1994
Listenplatz Landesliste: /
Beruf: Tagesmutter



Blick über den Alten Botanischen Garten, die neue Universitätsbibliothek und die Elisabethkirche: Die Grünen-Direktkandidatin Sandra Laaz ist zwar Marburgerin, tritt aber für den Wahlkreis 12 an – jener, der das Stadtgebiet nicht umfasst. Fotos: Thorsten Richter

kampf als Frontfrau, nicht ihre erste Rolle als Spitzengesicht der Partei in dem Gebiet zwischen Ebsdorfergrund und Hinterland, Münchhausen und Cölbe. Bereits 2013 und 2009 bewarb sie sich als Direktkandidatin um das Landtagsabgeordneten-Mandat im Wahlkreis 12 – jenem Bereich, der das traditionell mit vielen Grünen-Sympathisanten ausgestattete Marburg nicht umfasst – und sorgte mit für ein Zweitstimmen-Ergebnis von 11,1 Prozent im Jahr 2009 beziehungsweise 7,6 Prozent vier Jahre später.

Ihr persönliches Erststimmenergebnis war, ist und bleibt für sie „relativ irrelevant“. Fürs Protokoll: Es waren 8,5 beziehungsweise 5,6 Prozent für die in einer Dachgeschosswohnung in der Oberstadt lebende Mutter. Die Mühen der Ebene, ohne eine Chance, das Direktmandat zu

ziehen und Landtagsabgeordnete zu werden, nimmt sie fast lakonisch auf sich. „Politik, Engagement generell geht nur aus Überzeugung, mit Glauben an die Inhalte, Gestaltungswillen und mit Spaß.“ Laaz steht, wie so mancher andere Grünen-Direktkandidat, nicht mal auf der 60-köpfigen Landesliste ihrer Partei. Aus Marburg-Biedenkopf, einer Grünen-Hochburg, hat es kurioserweise sowieso nur Dr. Angela Dorn überhaupt auf diese geschafft (Position 3).

„Will, dass Salzbödebahn reaktiviert wird“

Und trotzdem eine Podiumsdiskussion hier, ein Infostand dort: Die Marburgerin bezeichnet sich als „leidenschaftliche Grüne“, weshalb sie – private Einschränkungen ausgenommen – die dritte Direktkandida-



tur nicht enorm stressen. „Gesichter vertreten Positionen. Und ich versuche stets, Menschen von meinen, von unseren Ideen zu überzeugen.“

Laaz ist hessische Landesvorsitzende des bundesweit 54 000 Mitglieder zählenden Verkehrsclubs Deutschland, eine Organisation, die sich für eine Verkehrswende im Sinne einer sozial- und umweltverträglichen Mobilität aller Verkehrsteilnehmer einsetzt. Und genau das ist ihr politischer Schwerpunkt: Verkehrsfragen. Sie hat konkrete Vorstellungen von dem, was in

der nächsten Legislaturperiode speziell im Westen des Landkreises passieren soll: „Ich will, dass die Salzbödebahn reaktiviert wird.“ Im Nahverkehr tue sich trotz mehr vorhandenem Geld im ganzen Landkreis noch zu wenig, ebenso beim Thema Energiewende, wo sie auch den „eher eingeschlafenen“ Solarbereich ausweiten will.

Für das Überleben der Landwirtschaft sieht die Hobby-Gärtnerin – sie betreibt einen Schrebergarten am Afföller – die Zukunft in der Bioproduktion, der Stärkung von regionaler Erzeugung der Lebensmittel. Vorhaben, die in der nächsten Legislaturperiode nur umgesetzt würden, wenn die Grünen Teil der Landesregierung bleiben.

Also weiter mit der CDU? In einer Jamaika-Koalition mit CDU und FDP? In einem aufgrund jüngster Umfragen eher unwahrscheinlichen Linksbündnis mit SPD und mit oder ohne Linke? „Die Frage, mit wem, ist zweitrangig. Wichtig ist, dass wir viele grüne Inhalte durchsetzen können.“

Und doch betont sie, die Ende der 1990er Jahre in Marburg als eine Verhandlungsführerin die rot-grüne Stadtregierung geschmiedet hat, die Erfolge von Schwarz-Grün in Hessen. Kostenlose Kindergärten, Job-Ticket für Landesbedienstete, Fortschritte bei Energiewende und Verkehr – Stichwort Bahnstrecken-Wiederbelebung.

Verkehr? Energiewende? In Marburg steht trotz mehrerer kommunaler Anläufe und landesweiter Zielvorgaben weiterhin kein weiteres Windrad. Auf der Marburger Stadtautobahn gibt es trotz Grünen-Verkehrsminister kein Tempolimit, keinen aktiven Lärmschutz, geschweige denn einen B3-Tunnel. „Wir haben getan, was wir konnten. Es ist eine Bundesstraße, es hängt also letztlich alles am Bund. Auch wenn es schwer ist, den Wählern, den Bürgern diese Zuständigkeitsfragen zu vermitteln, ist das ein Fakt.“

Zuständig – das würde sie für Hessen gerne bleiben.

„Armut und Ausgrenzung fallen nicht vom Himmel“

Handan Özgüven (SPD) und Jan Schalauske (Linke) werfen der Landesregierung massive Versäumnisse vor

Darüber, dass „genug für alle“ da ist, waren sich bei der Podiumsdiskussion der Diakonischen Dienste alle Direktkandidaten einig. Nicht aber, auf welchem Weg alle vom Wohlstand profitieren können.

von Tobias Kunz

Marburg. Die Schere zwischen Arm und Reich geht zunehmend auseinander – obwohl die Arbeitslosenquote sinkt. „Arbeit schützt vor Armut nicht“, sagte Uwe Seibel am Donnerstagabend bei der Podiumsdiskussion der Diakonischen Dienste des Landkreises. Der Referent für Gemeinwesenarbeit der Diakonie Hessen berichtete in einem kurzen Vortrag zu Beginn umfassend über die Entwicklungen in Hessen. Die Zahl derer, die von Armut gefährdet sind, steige kontinuierlich an, sagte Seibel. Dass liege unter anderem daran, dass die Lohnquote sinke; dass also Arbeitnehmer weniger am Gewinn der Unternehmen mitverdienen.

960 000 Menschen waren in Hessen laut der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Jahr 2017 von Armut bedroht. Seibel betonte in seinem

Vortrag, dass jede Person mit einem eigenen Schicksal verknüpft ist. „Hinter jeder Zahl steht ein Mensch“, sagte er.

Manfred Günther vom St. Elisabeth-Verein Marburg führte durch die Veranstaltung und wollte von den Direktkandidaten Dirk Bamberger (CDU), Handan Özgüven (SPD), Angela Dorn (Grüne), Jan Schalauske (Linke) und Lisa Freitag (FDP) wissen, ob denn nicht schon „genug für alle“ da sei und der Wohlstand nur besser verteilt werden müsse. Dies beantworteten alle Wahlkreisbewerber unisono mit Ja. So richtig spannend wurde es erst, als

die Kandidaten darüber stritten, wie dies umgesetzt werden könne – und die Zuhörer sie zu klaren Aussagen zwangen.

Die Landtagsabgeordnete Özgüven warf der CDU Versäumnisse vor. In 19 Jahren Regierungsbeteiligung habe die CDU bei den sozialen Einrichtungen wie den Frauenhäusern und der Jugendkonflikthilfe massiv gekürzt. Dies Sorge bei haupt- und ehrenamtlichen Helfern für Frustration. Ministerpräsident Volker Bouffier habe die Bekämpfung der Steuerhinterziehung verhindert. Sie schlug vor, Gelder an anderer Stelle in der Verwaltung einzusparen.

Dies regte ihren Konkurrenten Bamberger furchtbar auf. Er nahm als Gegenbeispiel die SPD unter Kirsten Fründt her, die die Verwaltung des Landkreises unnötig aufgebläht habe. Bamberger forderte, dass sich Leistung wieder lohnen müsse.

Dies sei das Problem, sagte der Landtagsabgeordnete Schalauske. „Die Früchte der Arbeit müssen bei den Arbeitern ankommen. Armut und Ausgrenzung fallen nicht vom Himmel, sondern sind von der Politik und den Menschen gemacht“, sagte er. Die Politik in Bund und Land hätte die Situation in den vergangenen Jahren verschärft.



Ulrich Kling-Böhm vom Diakonischen Werk Marburg-Biedenkopf (von links), die Direktkandidaten Dirk Bamberger (CDU), Handan Özgüven (SPD), Angela Dorn (Grüne) und Jan Schalauske (Linke), Moderator Manfred Günther, Direktkandidatin Lisa Freitag (FDP) und Michael Kessler von der Bürgerinitiative Sozialpsychiatrie diskutierten über das Thema Armut. Foto: Michael Hoffsteter